



Kantonsrat

A 368

Anfrage Schmutz Judith und Mit. über die Aufsichtsbeschwerde der Umweltverbände gegen das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

eröffnet am 7. September 2020

In der Aufsichtsbeschwerde der Umweltverbände wird sowohl hinsichtlich Ammoniak- als auch hinsichtlich Phosphor-Emissionen aufgezeigt, dass gesetzte Fristen (u.a. Erstellung Massnahmenplan Ammoniak II, Phosphorprojekt III) um mehrere Jahre verschoben wurden. Es wird zudem aufgezeigt, dass möglicherweise Verstösse gegen das geltende Recht vorliegen. Die Aufsichtsbeschwerde wirft ein zweifelhaftes Schlaglicht auf die Regierung und die Verwaltung des Kantons Luzern.

Die Regierung wird gebeten, in diesem Zusammenhang nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wie begründet die Verwaltung die Verzögerungen?
2. Welche rechtlichen Grundlagen (Gesetze, Verordnungen, Richtlinien) werden durch die Verzögerungen und generell in der Sache Ammoniak- sowie Phosphor-Emissionen tangiert? Liegen Verstösse gegen dieses geltende Recht vor? Wenn ja, welche und warum? Wenn nein, wie nehmen Verwaltung und Regierung Stellung zu den Vorwürfen in der Aufsichtsbeschwerde der Umweltverbände?
3. Welche Schäden entstanden durch die in der Aufsichtsbeschwerde beschriebenen Verzögerungen und Nichterreichung von Zielen finanziell, für den Kanton an sich (Reputationsschaden), für die Umwelt, für die Gesundheit? Gibt es weitere Bereiche, in denen Schäden entstehen oder entstanden sind? Wenn ja, welche?
4. Wer profitierte von den Verzögerungen und Verstössen gegen geltendes Recht? Was sagt die Regierung dazu?

Schmutz Judith

Stutz Hans

Arnold Valentin

Frey Monique

Kurer Gabriela

Heeb Jonas

Hofer Andreas

Zbinden Samuel

Muff Sara

Bärtsch Korintha

Candan Hasan

Schuler Josef

Estermann Rahel

Fässler Peter

Setz Isenegger Melanie

Sager Urban

Koch Hannes

Howald Simon